

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/191

Bonn, den 8. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Ein klärendes Wort</u> Die SPD und die Wahlrechtsfrage	45
2	<u>Vorbildlicher Sozialplan</u> Das Beispiel Oberscheld	51
3 - 4	<u>Zwischen Hoffnung und Enttäuschung</u> Rückblick auf den Labourparteitag 1968 Von Hans Joachim Werbke, London	102

SELBSTBESTIEMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Für ein sauberes Verhältnis zwischen zwei Nachbarstaaten
Absage an jeglichen Radikalismus
Aktivposten der Friedenspolitik
Mit Krediten keine Politik getrieben
Gleiche Rechte auch für die Deutschen
Handwörterbuch über die Deutschen in Ost- und Südosteuropa
Gegen Völkermord und Russifizierung
Warten auf das Leistungsgesetz
Rumäne inszenierte Bonner Premiere

*

*

*

Ein klärendes Wort

Die SPD und die Wahlrechtsfrage

sp - Es wird für die im nächsten Jahr fälligen Bundestagswahlen kein neues Wahlrecht geben. Es bleibt bei dem bisherigen Verfahren. Alle noch stattfindenden Diskussionen über eine Änderung des Wahlrechts für 1969 sind reine Zeit- und Kraftverschwendung. Der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, hat in einem Rundschreiben an die Landes- und Bezirksverbände seiner Partei das klärende Wort gesprochen und es auch ausführlich und überzeugend begründet.

Zuviel kostbare Zeit ist vertan worden, um eine Wahlrechtsreform noch in dieser Legislaturperiode durchzuführen. Die Schuld daran liegt nicht bei den Sozialdemokraten. Gewiß gab und gibt es auch in ihren Reihen Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit der Wahlrechtsreform und die Diskussion darüber ist noch nicht abgeschlossen. Doch gewichtiger ist die unbestreitbare Tatsache, daß der für die Wahlrechtsreform zuständige Bundesinnenminister bis heute noch nicht in der Lage war, ein Rechtsgutachten über das von der SPD-Kommission vorgeschlagene Dreierwahlkreis-Wahlrecht es dem Kabinett vorzulegen. Hier liegt ein Versagen vor. Zum Unterschied zu der SPD hat es in der CDU/CSU noch keine gründliche, alle Aspekte erfassende Diskussion über die Änderung des Wahlrechts gegeben, sie taten immer so, als ob für sie die Sache von vorneherein im Sinne des Mehrheitswahlrechtes entschieden wäre, obwohl der Öffentlichkeit die Bedenken namhafter CDU-Politiker nicht unbekannt blieben. Der Hamburger CDU-Abgeordnete Rollmann begründete seine Ablehnung des Mehrheitswahlrechtes mit dem Argument, die CDU-Wähler in den Großstädten, den Domänen der Sozialdemokratie, würden dann im Bundestag nicht mehr vertreten sein, ein Argument, das in der CDU nicht ohne Wirkung blieb.

Sowohl der frühere Bundesinnenminister Lücke wie auch sein Nachfolger Benda haben es versäumt, dem Kabinett und dem Bundesrat eine gesetzesreife Vorlage in Sachen Wahlrechtsreform vorzulegen. Sie und ihre Partei sperrten sich wiederholten sozialdemokratischen Drängen. Auch ist es nicht wahr, daß Lücke seinerzeit zurücktrat, weil die Sozialdemokraten in der Wahlrechtsfrage angeblich versagt hätten; sein Rücktritt erfolgte, weil er von den eigenen Leuten desavouiert worden war und dies für seine Person nicht aushalten konnte.

Die CDU kennt den genauen Sachverhalt. Sollte der Bundesinnenminister dennoch in absehbarer Zeit mit dem solange verzögerten Rechtsgutachten kommen, so ist es dafür schon zu spät. Mit Sicherheit würde im Falle einer Änderung des Wahlrechts Klage beim Verfassungsgericht erhoben werden und damit ein Zustand allgemeiner Unsicherheit eintreten. Zu solchen verfassungsrechtlichen Abenteuern gibt sich die Sozialdemokratie nicht her. Das hat Willy Brandt unmißverständlich deutlich gemacht.

+ + +

Vorbildlicher Sozialplan

Das Beispiel Oberscheld

Nach fast 65jähriger Tätigkeit hat im Frühjahr dieses Jahres das kleine Hochofenwerk Oberscheld, im nördlichen Hessen gelegen, seinen Betrieb eingestellt. Gegenüber großen und modernen Hüttenbetrieben war das Werk, das zu der Hessischen Berg- und Hüttenwerk AG gehört, und der Regelung der Montanmitbestimmung unterliegt, unrentabel geworden. Von dem Stilllegungsbeschluss wurden 190 Arbeitnehmer und ihre Familien betroffen. Dem Betriebsrat gelang es jedoch, mit dem Vorstand der Berg- hütte zur Vereinbarung eines außergewöhnlichen Sozialplanes zu kommen.

Der Plan sieht unter anderem vor, daß eine von Betriebsrat und Werksleitung paritätisch besetzte Kommission alle ausscheidenden Arbeitnehmer, die bis zum 30. Oktober 1968 das 59. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in eine zumutbare und der jetzigen Tätigkeit gleichwertige Arbeit in Betrieben des Konzerns oder bei anderen Unternehmen vermitteln soll. Diese Vermittlung ist weitgehend gelungen.

Unter Berücksichtigung der Leistungen aus dem Montanvertrag sind im Sozialplan Beihilfen vorgesehen, die die ehemaligen Belegschaftsangehörigen des Hochofenwerks Oberscheld weitgehend vor unsozialen Folgen der Stilllegung schützen sollen. Arbeitnehmer, die jünger als 59 Jahre sind, erhalten eine auf drei Jahre bemessene Einkommensgarantie in Höhe des zuletzt in Oberscheld erzielten effektiven Bruttoeinkommens zusätzlich aller in diesen drei Jahren eintretenden tariflichen Lohn- erhöhungen.

Für alle Arbeitnehmer des geschlossenen Hochofenwerks Oberscheld, die das 59. Lebensjahr vollendet haben und ausscheiden, gilt eine gleiche Einkommenssicherung bis zum 65. Lebensjahr. Die Garantie besteht in der Zahlung von Übergangsbefehlfen in Höhe des Differenzbetrages zwischen dem vor der Stilllegung erzielten Normal-Nettoeinkommen und dem nach der Entlassung erzielten Einkommen.

Alle Belegschaftsmitglieder, denen sechs Monate nach der Stilllegung, also bis zum 31. Oktober 1968, kein zumutbarer Arbeitsplatz vermittelt werden konnte oder die von sich aus kein neues Arbeitsverhältnis begründeten, können als Härteausgleich eine Abfindung erhalten. Die Höhe der Abfindung beträgt für jedes Jahr der Betriebszugehörigkeit sechs Prozent des Jahreseinkommens, höchstens jedoch insgesamt ein Jahreseinkommen.

Ebenfalls erhalten bleiben die Leistungen aus der Pensions- und Unterstützungskasse der Berghütte. Für die Dienstzeitberechnung bei der Feststellung von Leistungen gelten auch die Zeiten vom Zeitpunkt der Entlassung bis zur Erreichung des 65. Lebensjahres. Die bestehenden Mietverhältnisse von Werkwohnungen zwischen der Berghütte und den Mietern bleiben in der alten Form erhalten. Den Arbeitnehmern, die wieder eine Beschäftigung finden, werden auf die Dauer von drei Jahren 50 Prozent der Kosten der Fahrt von der Wohnung zum neuen Arbeitsplatz ersetzt bzw. die 20 DM monatlich übersteigenden Fahrkosten, wenn das für den einzelnen günstiger ist. Im übrigen werden den mit 59 Jahren Ausscheidenden, die bis zur Erreichung des 65. Lebensjahres ein Arbeitsjubiläum feiern würden, die verschiedenen Jubiläumsszuwendungen gezahlt.

Der für die Beschäftigung des stillgelegten Hochofenwerkes Oberscheld abgeschlossene Sozialplan muß als einer der besten bezeichnet werden, die es in der Bundesrepublik bisher gibt. Er ist ein wirklich gutes Beispiel praktischer Mitbestimmung.

Zwischen Hoffnung und Enttäuschung

Rückblick auf den Labourparteitag 1968

Von Hans Joachim Werbke, London

Richtig begonnen hatte der 67. Jahreskongreß der Labourparty erst am zweiten Tag. Der Eröffnungstag mit der Diskussion über die Einkommenspolitik stand allzu offensichtlich unter dem Einfluß und der Weisung des voraufgegangenen Gewerkschaftskongresses, auf dem unter der Nase der Arbeitsministerin Barbara Castle in einem Stimmverhältnis von 7:1 die Aufhebung der Einkommensgesetzgebung gefordert worden war. Die entsprechende Resolution auf dem Labourparteitag fügte Vorstand und Regierung eine Abstimmungsniederlage von etwas kleinerer Größenordnung zu, 5,09 Millionen gegen 1,1 Millionen Stimmen fielen hier gegen die Regierungspolitik aus, der "zivilisierende" Einfluß der Ortsvereine machte sich bemerkbar. Überhaupt gilt es, bei all den Abstimmungszahlen sich vor Augen zu führen, daß bei einem Gesamtvolumen von rund sechs Millionen blockweise abzugebenden Stimmen eine Million von den Transportarbeitern und 750 000 von den Metallarbeitern stammen, diese beider Hauptgewerkschaften in Liaison vermögen es, kraft ihres Übergewichts bei kritischen Abstimmungen den Ausschlag zu geben.

Wenn in vorschnellen Kommentaren von einem Linksruck auf dem Parteitag gesprochen wird, so ist diese Behauptung durch die Fakten nicht gestützt. Beispielsweise hat das rhetorische Wunder der Linken, Michael Foot, in den Wahlen zum Schatzmeister - eine Position, die den Sitz im Vorstand verbürgt - gegen den Amtsinhaber James Callaghan nicht nur nichts ausrichten können, sondern gar noch annähernd eine Million Stimmen verloren. Die nicht von der Hand zu weisende Enttäuschung vieler Delegierten und weiter Kreise in der Labourparty soll indessen nicht verschwiegen werden. Nur geht sie nicht so weit, die Balance innerhalb der Partei durcheinander zu bringen. Die Linke, lautstark, militant und ideologisch, macht nur eine Minderheit aus; das Gros der Partei steht Mitte-Rechts, ist pragmatisch, neigt zum Konservativen hin und ist stets bereit, für die Hoffnung auf ein besseres Morgen die Stimme zu erheben. Ein langjähriger Kenner der britischen Szene verglich das immer faszinierende Schauspiel der Labourparteitage mit einem indischen Tanz: Wie dort jede Fingerbewegung, so habe bei Labour jeder Auftritt, sei es auf der Plattform oder vor dem Rednerpodium, seine eigene Bedeutung.

Neben der Entschließung zur Einkommenspolitik, die freilich von den verantwortlichen Ministern, Schatzkanzler Roy Jenkins und Arbeitsminister Barbara Castle als irrelevant für die Regierungspolitik hingestellt wurde, machte der Regierung die Haltung des Parteitags auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik zu schaffen. Aus zwölf Resolutionen, die durchweg feindselig der westlichen Bündnispolitik gegenüberstanden, wurde schließlich eine gebündelt gereicht, die immerhin noch die Halbierung der Britischen Rheinarmee sowie die Auflösung der Blöcke forderte. Da auch ihr Charakter eindeutig negativ und realitätsblind war, sah sich der Vorstand genötigt, eine allgemein

gewünschte Erklärung zur Verurteilung der tschechoslowakischen Invasion von seiten der Sowjets und ihrer Verbündeten mit einer Bekräftigung des britischen Interesses an einer westeuropäischen Bündnispolitik zu verbinden. Gegen diese Vorstandstaktik trotzten viele Delegierte und Delegationen an. Nur 952 000 Stimmen sicherten die Parteiführung vor einer Niederlage ab, die sogar bei der Abstimmung über die Anti-NATO-Resolution noch näher in den Bereich des Möglichen rückte: Hier waren es 163 000 Stimmen, die Führung und Regierung das Gesicht wahren halfen.

Europa fiel diesmal auf den Parteitag aus. Der zum "Neo-Europäer" bekehrte Harold Wilson nahm das Thema nicht in den Mund. Und Außenminister Michael Stewart mußte es diskret in einer Nebenstube des Kongresses abhandeln - vor dem Labour-Komitee für Europa, dessen Vorsitzender Europaratspräsident Sir Geoffrey de Freitas aus Straßburg mit der Empfindung herübergeeilt kam, es sei Zeit für eine britische Initiative im Messina-Stil. Stewart ließ sich durch solchen Übereifer nicht aufs Glatteis führen. Vor eine EWG/EFTA-Ministerkonferenz stellte er erst einmal ein Bekenntnis zum westeuropäischen Zusammenhalt. Nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei müßte seiner Meinung nach überall - auch in Bonn - die Einsicht für eine verstärkte Kooperation außerhalb des Rahmens der Römischen Verträge sich verstärkt haben, so daß auf den Gebieten der politischen Konsultation, der Verteidigung und der technologischen Zusammenarbeit Fortschritte erzielt werden könnten. Stewart übersah nicht die Enttäuschung der kontinentalen Partner über die britische Haltung bei gemeinsamen Raumfahrt-Projekten; er bat lediglich zu verstehen, daß in Anbetracht der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel und Arbeitskräfte schnell nutzbare Projekte Vorrang haben müßten vor kommerziell nicht sofort verwertbaren. In diesem Sinne redete er in bezug auf das Verteidigungsgebiet auch einer Rationalisierung von Rüstungsgütern das Wort. Am wichtigsten war jedoch seine Betonung der Wichtigkeit politischer Konsultationen, weil er hier einen Mangel sieht, systematisch eine Gemeinsamkeit der Ansichten zu erarbeiten, die eine gemeinsame europäische Außenpolitik zwar noch nicht konstituiert, aber vorbereiten hilft.

"Europäischer" Schützenhilfe bediente sich die Parteiführung insofern, als sie das Delegiertenvölklein aufmuntern ließ durch den Ehrengast aus dem Norden, Schwedens Ministerpräsident Tage Erlander. Er beschrieb den durch die Kommunalwahlniederlagen dieses Frühjahrs um ihre Ratsherrn-Ketten und -Würden gebrachten Labourfreunden, wie rasch sich die Verhältnisse ändern können. Vor zwei Jahren hätten die schwedischen Sozialdemokraten ihre betrüblichste Kommunalwahl-Niederlage in 40 Amtsjahren hinnehmen müssen; vor zwei Wochen hätten sie den größten Parlamentssieg in Friedenszeiten für sich errungen. "Zwei Jahre sind eine kurze Zeit, aber sie genügen", schloß Erlander. Auf dieser Tastatur der Hoffnung spielte tags darauf auch Premierminister Wilson. Die Kritik an der Zerstörung vieler überkommener Labour-Glaubenssätze souverän negierend, bombardierte der Parteiführer seine Getreuen mit Erfolgswerten, die unter den spektakuläreren Mißerfolgen natürlich leicht verdeckt werden. Jeder, der erwartet hatte, daß Wilson am Schlußtag schon den Schlachtgesang für den Kampf gegen die Tory-Opposition anstimmen würde, sah sich in Verlegenheit. Der raffinierte Wahlkampfaktiver Wilson verschießt sein Pulver nicht zu früh. Zu den streiklusternen Metallarbeitern gewandt, warnte er, daß die britische Arbeiterbewegung niemandem vergeben werde, der sich um den Preis ihres Mühens bringe, denn: "Die Labourbewegung ist durch nichts aufzuhalten als durch sich selbst."